





# Die Bauern von Tver

Vom Leben auf dem russischen Dorfe  
zwischen Revolution und Kollektivierung

von  
Helmut Altrichter

R. Oldenbourg Verlag München 1984

Als Habilitationsschrift auf Empfehlung der Philosophischen Fakultäten der Universität Erlangen-Nürnberg gedruckt mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft.

### **CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek**

**Altrichter, Helmut:**

Die Bauern von Tver : vom Leben auf d. russ.  
Dorfe zwischen Revolution u. Kollektivierung /  
von Helmut Altrichter. – München : Oldenbourg,  
1984.

ISBN 3-486-52071-7

© 1984 R. Oldenbourg Verlag GmbH, München

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdrucks, der Funksendung, der Wiedergabe auf photomechanischem oder ähnlichem Wege sowie der Speicherung und Auswertung in Datenverarbeitungsanlagen, bleiben auch bei auszugsweiser Verwertung vorbehalten. Werden mit schriftlicher Einwilligung des Verlages einzelne Vervielfältigungsstücke für gewerbliche Zwecke hergestellt, ist an den Verlag die nach § 54 Abs. 2 Urh.G. zu zahlende Vergütung zu entrichten, über deren Höhe der Verlag Auskunft gibt.

Druck: Grafik + Druck, München

Bindearbeiten: R. Oldenbourg Graphische Betriebe GmbH, München

ISBN 3-486-52071-7

## INHALT

I. Einleitung . . . . .	1
II. Schauplatz und Vorgeschichte . . . . .	10
1. Der Schauplatz . . . . .	10
2. Die gescheiterte staatliche Agrarreform . . . . .	14
3. Die Revolution der Bauern . . . . .	24
III. Das Tverer Dorf zwischen Revolution und Kollektivierung . . . . .	42
1. Die bäuerliche Ökonomik . . . . .	50
a) Das Haus . . . . .	51
b) Die Familie . . . . .	59
c) Vieh und Inventar . . . . .	68
d) Die Landwirtschaft . . . . .	74
e) Das Gewerbe . . . . .	78
f) Lohnarbeit und Landpacht . . . . .	81
Exkurs: Besitzstruktur und Entwicklungsdynamik . . . . .	83
2. Die lokale Gesellschaft . . . . .	90
a) Die Dorfversammlung . . . . .	92
b) Klassen und Cliques . . . . .	95
c) Bäuerlicher Alltag und dörfliches Fest . . . . .	100
d) Die Kirche und die Volksreligion . . . . .	111
e) Volksmedizin und Magie . . . . .	118
Exkurs: Konflikte und Kriminalität . . . . .	123
3. Der Staat im Dorf . . . . .	134
a) Der Dorfsowjet . . . . .	135
b) Die Parteizelle . . . . .	145
c) Der Komsomol . . . . .	149

d) Die Gruppen der Kleinbauern und die Landarbeiter- gewerkschaft . . . . .	154
e) Konsum-, Kredit-, Absatz-, und Produktionsgenos- senschaften . . . . .	159
Exkurs: Zum Problem der Kulturrevolution . . . . .	167
 IV. Die Kollektivierung in Tver' . . . . .	 175
1. Die Voraussetzungen . . . . .	175
2. Der Verlauf . . . . .	182
3. Die Folgen . . . . .	192
 V. Anhang . . . . .	 199
1. Tabellen . . . . .	200
2. Anmerkungen . . . . .	288
3. Quellen und Literatur . . . . .	351
a) Archivmaterial . . . . .	351
b) Gesetze und Verordnungen; Rechenschaftsberichte, Tagungsprotokolle und Resolutionen . . . . .	352
c) Statistik . . . . .	354
d) Zeitschriften, Zeitungen . . . . .	355
e) sonstige Quellen und zeitgenössische Literatur. . .	356
f) Sekundärliteratur . . . . .	361
 4. Register . . . . .	 370

# I. Einleitung

Dieses Buch erzählt von eineinhalb Jahrzehnten sowjetischer Geschichte, von der Revolution, den 20er und den beginnenden 30er Jahren. Sie veränderten Staat, Wirtschaft und Gesellschaft Rußlands von Grund auf.

Die Hauptlinien dieser Entwicklung sind jedem historischen Handbuch zu entnehmen: Im Herbst 1917 stürzten die Bolschewiki in einem bewaffneten Aufstand die bürgerliche ‚Provisorische Regierung‘, die ein Dreivierteljahr zuvor, nach dem Sturz und der Abdankung des Zaren, die Staatsgeschäfte übernommen hatte. Die Bolschewiki bildeten eine neue Regierung, den ‚Rat der Volkskommissare‘, enteigneten die Gutsbesitzer, die Kirche und die Klöster, nationalisierten das Bankwesen und verstaatlichten die Industrie. Eine Übernahme des westlichen Parlamentarismus lehnten sie ab; in Rußland sollte ein neuer Staat, ein Rätestaat entstehen, demokratisch in seinem Aufbau von unten nach oben, ohne Berufsbeamtentum und stehendes Heer, so hatte es Lenin in seinen ‚Aprilthesen‘ verkündet. Die Bolschewiki setzten dabei auf die Arbeiterkomitees und Soldatenausschüsse, die sich seit dem Frühjahr 1917 – meist spontan – in Fabriken und Garnisonen gebildet und zu überbetrieblichen, gesamtstädtischen, regionalen und überregionalen Interessenvertretungen zusammengeschlossen hatten. Diese Räte sollten zum Rückgrat des neuen Staates werden.

Rußland war 1917 ein Agrarland, nach marxistischer Theorie noch nicht ‚reif‘ für eine sozialistische Revolution. Auch die Bolschewiki gaben dem russischen Sozialismus kaum eine Überlebenschance, wenn der Funke nicht auf die fortgeschritteneren westeuropäischen Staaten übersprang, eine ‚Weltrevolution‘ auslöste. Doch die erwarteten Folgen blieben aus, und auf die Revolution folgte der Bürgerkrieg, der sich über zwei Jahre hinzog und ein politisches und wirtschaftliches Chaos hinterließ. Partei- und Staatsführung sahen diesen Zustand als Chance, um die Revolution im Innern weiter voranzutreiben. Auf den Trümmern der alten Ordnung sollte nun eine ganz neue, eine ‚kommunistische‘ Gesellschaft entstehen, in der der Staat die vollständige Planung der Produktion und Distribution übernahm, mit dem Markt auch das Geldsystem verschwand, und jegliche Steuern, Mieten und Abgaben entbehrlich wurden. Der Versuch, den Kommunismus auf dem Verordnungswege

zu etablieren, scheiterte im Winter 1920/21. Er führte den Sowjetstaat erneut an den Rand des Abgrunds.

Seit dem Frühjahr 1921 bemühte sich die Partei um eine Konsolidierung der Lage im Innern. Statt die gesellschaftlichen Gegensätze weiter zu vertiefen, ebnete sie sie ein, suchte die Kooperation statt der Konfrontation, vor allem im Verhältnis zur Bauernschaft. Das staatliche Getreidemonopol wurde aufgehoben und die Zwangsablieferung, die Requirierung aller Vorräte und Überschüsse durch den Staat, abgeschafft. Die neue Politik machte den Aufstieg aus der wirtschaftlichen Talsohle möglich, bis 1925/26 war der Stand von 1913/14 wieder erreicht.

Die Partei hatte Mitte der 20er Jahre die Hoffnung auf die Weltrevolution aufgegeben und propagierte nun den ‚Aufbau des Sozialismus in einem Lande‘. Als unabdingbare Voraussetzung erschien ihr dabei die Industrialisierung Rußlands, vor allem der Ausbau seiner Schwerindustrie. Erst wenn Industrie, Landwirtschaft und Verkehrswesen eine moderne großindustrielle technische Grundlage erhalten, so hatte Lenin schon im Dezember 1920 gesagt, habe der Sozialismus, hätten die Bolschewiki endgültig gesiegt. 1927/28 verabschiedete die Partei einen ersten ‚Fünfjahresplan‘, der die Industrialisierung des Landes in den Mittelpunkt stellte; 1933 und 1938 ließ sie einen zweiten und dritten Fünfjahresplan folgen. Als flankierende Maßnahme zum Industrialisierungsprogramm begann man Ende der 20er Jahre, die vielen bäuerlichen Kleinwirtschaften zu großen ‚Kollektivwirtschaften‘ (kolchozy) zusammenzufassen. Bereits Mitte der 30er Jahre war dieser Vorgang im wesentlichen abgeschlossen: 1935 waren über 80%, 1936 über 90% der sowjetischen Landwirtschaft ‚kollektiviert‘.

Dies ist in groben Zügen der zeitliche Rahmen für die Geschichte, die hier erzählt werden soll.

Folgt man dem sowjetischen Selbstverständnis, wie es, in den 30er und 40er Jahren ausformuliert, der Politik seither als Rechtfertigung und der Forschung als Orientierung dient, so bildete die Entwicklung zwischen Revolution und Kollektivierung einen einheitlichen, stetig fortschreitenden Prozeß: Der Gründung des sowjetischen Staates und seiner Behauptung im Bürgerkrieg folgte – seit 1921 – die ‚Wiederherstellung‘ seiner wirtschaftlichen Basis in der Neuen Ökonomischen Politik. Sie führte in der zweiten Hälfte der 20er Jahre – so das sowjetische Selbstverständnis weiter – zum ‚Sieg‘ und zur ‚Festigung des Sozialismus‘ im Wirtschafts- und Gesellschaftssystem; Stalin setzte dabei konsequent fort, was Lenin geplant und begonnen hatte. Jeder Schritt war wohl vorbereitet und folgte logisch, wie man sagt, auf den anderen. Zum hier eingeschlagenen Weg habe es keine realistische Alternative gegeben und

die Partei sei mehr als das politische Zentrum der Macht gewesen: Sie handelte im Gleichlauf mit den ‚Massen‘, sie war Vollstrecker einer mit historischer Notwendigkeit ablaufenden Entwicklungsgesetzlichkeit.

Die westliche, nichtmarxistische Forschung ist dieser Interpretation nicht gefolgt. Sie hat im Gegenzug die tiefen Spannungen innerhalb der Partei, die kontroversen Diskussionen und die heftig ausgetragenen Richtungskämpfe dargestellt, die schon vor der Revolution begannen, den Bürgerkrieg überdauerten und erst Ende der 20er Jahre – von Stalin – endgültig erstickt wurden. Sie hat die Schlingerbewegungen des Parteikurses nachgezeichnet und die Kehren (1918, 1921, 1928/29) markiert. Diese widerlegen die Behauptung einer festen, zielstrebig verfolgten ‚Generallinie‘, von der nur Einzelne, kleine Minderheiten, rechts und links ‚abgewichen‘ wären. Hinter den ‚historischen Notwendigkeiten‘ wurden bei näherem Zusehen die Zufälligkeiten sichtbar, hinter der Planung ihre Brüche, hinter den Erfolgswahlen die Friktionen.

Wo die westliche Forschung Konstanten und Kontinuitäten in der Entwicklung von Lenin zu Stalin ausmachte, sah sie diese nicht in einer von Lenin entworfenen und von Stalin konsequent fortgesetzten Wirtschaftspolitik, sondern in der Vorbereitung, Etablierung und Festigung der Einparteiherrschaft; in der konsequenten Ausschaltung der innerparteilichen Demokratie, beginnend mit Lenins Plänen einer Kaderpartei der Berufsrevolutionäre (1903) über das Fraktionsverbot (1921) bis zur physischen Liquidierung der Parteidissidenten in den 30er Jahren; in der Entmachtung und Gleichschaltung der Fabrikkomitees und Gewerkschaften, der Räte und Rätekongresse als autonome Interessenvertretungen und demokratische Selbstverwaltungsorgane; schließlich im Aufbau eines zentralistischen, repressiven Staatsapparates, wobei der Weg von der revolutionären CK über die GPU der 20er Jahre zum Terror der stalinistischen ‚Säuberungsaktionen‘ und ‚Schauprozesse‘ führte.

Die Unterschiede der Interpretation, der historischen Fragen und Antworten sind bekannt, sie sollen hier nicht weiter vertieft werden. Die Auseinandersetzung mit den sowjetischen Positionen hat auch die westliche Forschung geprägt, sie lange auf bestimmte Vorgänge und Institutionen, Frage- und Problemstellungen, Sichtweisen und Perspektiven fixiert. Wie die sowjetische Historie blickte auch sie gebannt auf das Geschehen in der Hauptstadt, auf Petrograd und Moskau, wo die großen Entscheidungen fielen; auf die Räte, die, als autonome Körperschaften gegründet, zum Vehikel der bolschewistischen Machtergreifung wurden; auf die Regierung, die das Staatsschiff lenkte; und immer und immer wieder auf die bolschewistische Partei, wo die Stränge der Macht offenkundig zusammenliefen. Im Zentrum des Interesses stand dabei

die Führungsriege der Bolschewiki, standen Lenin und Trockij, Stalin und Bucharin, Kamenev und Zinov'ev, Osinskij und Šljapnikov, Dzeržinskij und Bogdanov, die Krupskaja und die Kollontaj. Die Forschung untersuchte deren Vorstellungen der Zukunftsgesellschaft, die Wege, auf denen sie sie erreichen wollten, und ihre Rollen bei der Entwicklung von Staat und Gesellschaft. Sie diskutierte ihre internen Auseinandersetzungen um die Wirtschafts- und Sozial-, Militär- und Justiz-, Schul- und Bildungspolitik und verglich sie mit ihrem programmatischen Ziel einer freieren, gerechteren und besseren Gesellschaft. Waren es in der Sowjetunion der Absolutheitsanspruch und das Unfehlbarkeitsdogma der Partei, die der Entwicklung der 20er Jahre den Anstrich der Eindimensionalität gaben, so suchte man bei uns – im Umkehrschluß und in der Rolle des rückwärtsgewandten Propheten – nach den Wurzeln des Stalinismus in der Revolutionszeit. Und die Kritik an Industrialisierung und Kollektivierung verband sich stets mit dem Hinweis auf alternative Entwicklungen, auf die Vorzüge des westlichen Typs der Modernisierung, der den sowjetischen Weg als Sackgasse oder zumindest als Umweg erscheinen ließ.

Erst allmählich kam – und kommt – dabei zu Bewußtsein, daß die so breit diskutierten Fragen und Probleme, projiziert auf die 20er Jahre, nicht die Probleme der breiten Masse der Bevölkerung waren. Sie waren, etwas pauschal gesagt, die Probleme der Staats- und Parteiführung, vielleicht noch der Stadt und der Arbeiterschaft. Das Dorf, wo Mitte der 20er Jahre noch immer über 80 % der Bevölkerung lebten, wußte von ihnen nichts und hatte andere Sorgen. Die Bauern hatten ihre eigene Revolution gemacht, ohne Partei und Räte, und mit der Aufteilung des Adels-, Kirchen- und Klosterlandes war dieses Kapitel für sie abgeschlossen, sie hatten erreicht, was sie erreichen wollten. Ob die Zerschlagung des Großgrundbesitzes ein ökonomischer Rückschritt gewesen war, ob die Belange der Modernisierung eine Strukturreform des Agrarsektors unabweisbar machten – die Bauern stellten diese Fragen nicht. Und ebensowenig waren sie bereit, das neu erworbene Land, mehr noch: ihre Selbständigkeit ‚für den Sozialismus‘ wieder aufzugeben und sich zu großen Kollektivwirtschaften zusammenzuschließen. Im Dorf entschied auch in den 20er Jahren die alte Dorfversammlung die wichtigsten Fragen, die Verteilung des Landes und die Saatfolge. Die neuen Dorfsowjet fungierten als staatliche Verwaltungsbehörden, und ihre Zahl war dünn gesät. Kommunisten gab es im Dorf kaum, unter Bauern schon gar nicht, und selbst wo sich eine Parteizelle konstituierte, existierte sie zumeist nur als Gesinnungs- und Diskussionszirkel und zeigte wenig Neigung zur Missionierung.

Der dörfliche Alltag wurde nicht von Fragen der Politik bestimmt, er drehte sich um Felder und Vieh, Aussaat und Ernte, Besitz und Besitzteilung, Verwandtschaft und Sippe, Dorfalltag und Festlichkeiten, Liebe und Heirat, Krankheit und Tod. Von dem, was in der Hauptstadt geschah, von den großen Projekten der Regierung zum Beispiel oder den internen Auseinandersetzungen innerhalb der Parteiführung, drang wenig ins Dorf vor, gefiltert durch bäuerliches Desinteresse, weit verbreiteten Analphabetismus und ein unterentwickeltes ländliches Pressewesen. Sahen Staat und Partei die Bauern nur als Objekt ihrer Wirtschafts-, Steuer- und Bildungspolitik, mal dumm, mal träge, mal widerspenstig und oppositionell, so betrachteten die Bauern die Kommunisten vor allem als neue Obrigkeit (načal'stvo), von der sie wenig mehr wußten, als daß sie die alten Gutsbesitzer vertreiben half, daß sie gegen Gott war und hohe Steuern wollte.

Kehrt man die Perspektive um und läßt die Bauern zu Wort kommen, so erscheint die sowjetische Entwicklung der 20er Jahre in einem anderen Licht. Nicht was die Revolution verändert hatte, die Partei und die Räte treten dann in den Vordergrund, sondern das, was blieb und Denken und Handeln der Bauern nach wie vor bestimmte: Haus und Hof, Familie und Dorfverband, schließlich die bäuerlichen Gebräuche und Sitten, die dörflichen Regeln und Normen. Erst vor diesem Hintergrund sind die Schwierigkeiten für Partei und Staat zu ermessen, die vorgefundene Lage zu ändern. Gravierender als ihre schwache Stellung im Dorf war, daß sich ihre gesamtgesellschaftlichen Ziele nicht mit den Vorstellungen der Bauern deckten. Zwar stimmte man – wie sich 1917 zeigte – in der Forderung nach Enteignung des Adels und der Großgrundbesitzer, der Kirche und der Klöster überein. Aber die Bauern wollten nicht den radikalen Umsturz von allem und jedem, eher die Vervollkommnung des Bestehenden; und sie orientierten sich dabei an Tradition und Erfahrung, nicht am abstrakten Modell einer vernünftig geordneten ‚modernen‘ Gesellschaft: Bessere Befriedigung der Bedürfnisse, nicht Maximierung des output war ihr Anliegen; trotz scheinbarer Berührungspunkte dachten sie über Arbeit und Leistung, Besitz und Eigentum anders als die staatliche Macht; und der Fortbestand von Individualbesitz und Landgemeinde stand für die Bauern nicht zur Disposition.

Die 20er Jahre zeigen, wie tief diese bäuerlichen Vorstellungen, Praktiken und Institutionen wurzelten. Veränderungen erforderten zähe Anstrengungen und die Geduld von Jahrzehnten; kurzfristige Erfolge waren nicht zu erzielen. Erst mit dieser Vorgeschichte wird deutlich, welchen Einschnitt die Kollektivierung, diese zweite, ‚Stalinsche‘ Revolution, bedeutete. Sie löste Hof und Familie als Produktionseinheit auf,



Abb. 1: *Das Russische Reich vor 1914 (Ausschnitt)*. Das Tverer Gouvernemente (im Zentralen Industrierajon um Moskau gelegen) ist schraffiert. Vorlage der Karte: Amburger, E., *Geschichte der Behördenorganisation Rußlands von Peter dem Großen bis 1917*, Leiden 1966 (Anlage).

nahm den Dorfgemeinden mit der Verfügungsgewalt über den Boden die soziale Funktion und zwang die Bauern in die neugegründeten Produktionsgenossenschaften. Nun erst, am Ende der 20er und in den beginnenden 30er Jahren, wurden jene Verhältnisse geschaffen, wie sie Gesellschaft und Wirtschaft der Sowjetunion bis in unsere Tage bestimmen. Aus der Perspektive des Dorfes gingen diese Eingriffe in die dörfliche Lebens- und Arbeitswelt sehr viel tiefer als 1917, und mit der Revolution von damals hatten sie nichts mehr zu tun.

Die Geschichte des dörflichen Lebens zwischen Revolution und Kollektivierung nachzuerzählen, ist nur am Ausschnitt möglich: zu groß ist das Gesamtgebiet der Sowjetunion, zu verschieden sind die Gegenden, zu unterschiedlich sind Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur, kulturelle, religiöse und geistige Traditionen. Das vorliegende Buch versucht dies am Beispiel des Gouvernements Tver'. Im Herzen des europäischen Rußland gelegen, war es mit über 62.000 km<sup>2</sup>, über 10.000 Landgemeinden und über 300.000 Bauernhöfen groß genug, um zumindest für eine Wirtschaftslandschaft zu stehen: für den Zentralbereich um Moskau. Für das Tverer Gouvernement liegen genügend zeitgenössische Materialien vor, um Zustand und Entwicklung des Dorfes in den 20er Jahren zu rekonstruieren: Erhebungen des lokalen Statistischen Büros, Rechenschaftsberichte des Gouvernements- und der Regionalsowjets, Sitzungsprotokolle und Verordnungsblätter, Handreichungen an Partei- und Sowjetfunktionäre für die Arbeit an der Basis, Dorfzeitschriften und -zeitungen, ethnographische Beschreibungen und politische Erfahrungsberichte. Sie können durch einen großen Bestand an zentralen statistischen Handbüchern, Zeitschriften, Zeitungen und Monographien ergänzt werden, die auch Daten und Berichte über Tver' enthalten. Die Lenin-Bibliothek in Moskau hat alle diese Materialien (für Tver' wie auch für andere Gouvernements) in breitem Umfang gesammelt und katalogisiert.

Sehr viel mehr Probleme als die bibliographische Erfassung der einschlägigen Quellen machte deren Benutzung. Daß die Akademie der Wissenschaften in Moskau den Autor der vorliegenden Studie – auf Vorschlag der Deutschen Forschungsgemeinschaft – als ‚Austauschwissenschaftler‘ akzeptierte und ihn dreimal (im Herbst 1976, im Frühjahr 1978 und im Frühjahr 1979) zu mehrmonatigen Bibliotheksaufenthalten zuließ, löste keineswegs die Probleme; die Durchsicht der Materialien blieb schwierig. In vielen Fällen endete die Bestellung von Titeln negativ, und der erklärende Hinweis auf den ‚Buchbinder‘ oder die ‚Fernleihe‘ war vor allem dann ungläubwürdig, wenn der Titel nach Katalog sogar in mehreren Exemplaren vorhanden sein mußte. Andere Materia-

lien gehörten zu den ‚stabilisierten‘ (stabilirovannye) Beständen und wurden, wie man dem Verfasser sagte, ‚grundsätzlich‘ nicht in den Lesesaal ausgegeben. Auf die Frage nach dem Grund der ‚Stabilisierung‘ (ein Wort, das es im Russischen eigentlich gar nicht gibt), verwies man ausweichend auf Alter, defekten Zustand oder Seltenheit oder sagte kurz, sie seien eben ‚unzugänglich‘ (zakryt). Manchmal waren ganze Reihen davon betroffen, manchmal nur einzelne Jahrgänge, und eine Absage hieß noch nicht, daß eine erneute Bestellung ein oder zwei Jahre später wiederum erfolglos sein mußte.

Eine Ausgabe von Bänden in den Lesesaal schloß noch nicht die Erlaubnis ein, diese oder Teile daraus zu kopieren. Generell verweigert wurde die Ablichtung von Protokollen, Entschließungen, Verordnungen und Resolutionen zentraler und regionaler Partei- und Sowjetorgane, auch der Hinweis, daß diese Materialien ja gedruckt, weil für die Öffentlichkeit bestimmt, und inzwischen auch schon über 50 Jahre alt seien, half nicht weiter. Bei den zur Verfilmung eingereichten statistischen Sammelbänden wurde überprüft, ob sie damals für den freien Verkauf (oder internen Gebrauch) bestimmt waren, und ihre Kopierung verweigert, wenn ein Hinweis darauf fehlte oder die Bände offenkundig ‚kostenlos‘ abgegeben worden waren. Dann mußten die benötigten Zahlenreihen in zeitraubender Kleinarbeit abgeschrieben werden.

Ein Kapitel für sich war die Benutzung der regionalen Dorfzeitungen. Sie wurde dem Autor 1978 (mit der Begründung ‚teilweise nicht vorhanden‘ / ‚teilweise defekt‘) verweigert, für 1979 dann aber doch zugesagt. Der Autor fuhr im Frühjahr 1979 für sieben Wochen nach Moskau, doch von den versprochenen Zeitungen sah er trotz intensiver Bemühungen nichts. Erst auf den Protest der Deutschen Forschungsgemeinschaft hin wurden sie ihm nachträglich auf Mikrofilm zugänglich gemacht; dabei hatte man die Mühe nicht gescheut, sie politisch zu zensieren.

Der Verfasser dankt der Deutschen Forschungsgemeinschaft aufrichtig für die Unterstützung seines Projektes und die Vertretung seiner Belange gegenüber der Akademie der Wissenschaften in Moskau. In großzügiger Weise hat ihm die Forschungsgemeinschaft auch ein zweijähriges Habilitandenstipendium gewährt, in dessen Rahmen es möglich war, in der Library of Congress/Washington, in den National Archives/Washington, in der Public Library/New York und in Archiv und Bibliothek des Hoover Instituts/Stanford die in Moskau verbliebenen Lücken teilweise zu schließen. Außer den genannten Bibliotheken hat der Autor auch dem Institut istorii und der Fundamentalbibliothek der Akademie der Wissenschaften INION (beide in Moskau), der Bibliothek des Britischen Museums und der School of Slavonic and East European Studies

(beide in London), dem Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis (in Amsterdam), der Bayerischen Staatsbibliothek und dem Osteuropa-Institut (beide in München) für die Erlaubnis zur Benutzung ihrer Bestände zu danken.

Sehr viele Neuzeit- und Osteuropa-Historiker, Kollegen und Freunde haben mir durch persönliche Gespräche, kritische Anmerkungen, Ratschläge und Fragen weiter geholfen, so Prof. V. P. Danilov (Moskau), Frau Prof. D. G. Atkinson (Stanford), Prof. T. Emmons (Stanford), Prof. M. Lewin (Philadelphia), Prof. M. Raeff (New York), Frau Prof. F. v. Lilienfeld (Erlangen), Prof. D. Geyer (Tübingen), Priv. Doz. H. Haumann (Freiburg), Prof. R. Lorenz (Kassel), Dr. G. Lottes (Erlangen), Dr. St. Merl (Hamburg), Dr. phil. habil. R. Rexheuser (Lüneburg), Prof. G. Schramm (Freiburg), Prof. M. Stürmer (Erlangen) und Prof. K.-E. Wädekin (Gießen). Ich stehe tief in ihrer aller Schuld. Prof. K.-H. Ruffmann hat die Entstehung dieser Arbeit von Anfang an mit persönlicher Anteilnahme verfolgt; er hat sie, wo er nur konnte, mit Geduld, Rat und Hilfe gefördert. Im gebührt ein besonderer Dank des Autors.

Erlangen, im August 1983

## II. Schauplatz und Vorgeschichte

### 1. Der Schauplatz

Wer mit dem Fernschnellzug ‚Roter Pfeil‘ von Moskau nach Leningrad fährt, kommt – nach etwa zwei Stunden – an Kalinin vorbei, einer Großstadt mit 350.000 Einwohnern und viel Industrie. Seide, Baumwolle und Kunstfaser werden hier gesponnen und verarbeitet; daneben gibt es mehrere Maschinenbaubetriebe, chemische Werke und ein polygraphisches Kombinat. Bis auf einen alten Kern ist Kalinin eine neue Stadt, und neu ist auch der Name. Michail Ivanovič Kalinin, nach dem der Ort seit 1931 heißt, war langjähriges Mitglied des Zentralkomitees und des Politbüros der bolschewistischen Partei und zwischen 1919 und 1946 nominelles Staatsoberhaupt; seine bäuerlichen Vorfahren stammten aus dieser Gegend.

Vor der Revolution hatte die Stadt nur einen Bruchteil ihres heutigen Umfangs. Sie hieß Tver' und war administrativer, wirtschaftlicher und kultureller Mittelpunkt eines Gouvernements, dem sie den Namen gab. Mit dem Moskauer Gouvernement im Süden und dem Smolensker und dem Pskover Gouvernement im Westen erstreckte sich das Tverer Gouvernement über 200 km nach Norden und knapp 400 km nach Osten<sup>1</sup>. Die Eisenbahnverbindung zwischen Moskau und St. Petersburg gab es schon damals, sie wurde – als eine der ersten in Rußland – um die Mitte des 19. Jahrhunderts gebaut. Die Bahnstrecke teilte das Tverer Land in zwei ungleiche Teile: Der Osten war flach und ging nahtlos in das ebenso flache Gouvernement von Jaroslavl' über. Im Westen aber erhoben sich die Waldai-Höhen, eine hügelige Endmoränenlandschaft mit unzähligen Seen, Sümpfen und Flüssen. Hier hatte die Würmeiszeit den südlichsten Punkt ihrer Ausdehnung markiert und mit ihren Ablagerungen eine Wasserscheide zwischen Ostsee, Schwarzem Meer und Kaspischem Meer hinterlassen: eine Schwelle zwischen Zentralrußland und seinen westlichen Provinzen.

Hier in den Waldai-Höhen entsprang auch die Wolga, die Lebensader des Gouvernements. Von ihrer Quelle – in der Nähe der Stadt Ostaškov – floß sie zunächst der Gouvernementsgrenze parallel, südwärts, bevor sie sich bei Ržev nach Osten wandte. Sie passierte die Stadt Tver', die nun Kalinin heißt, und überwand dann im weiten Bogen die flache östliche

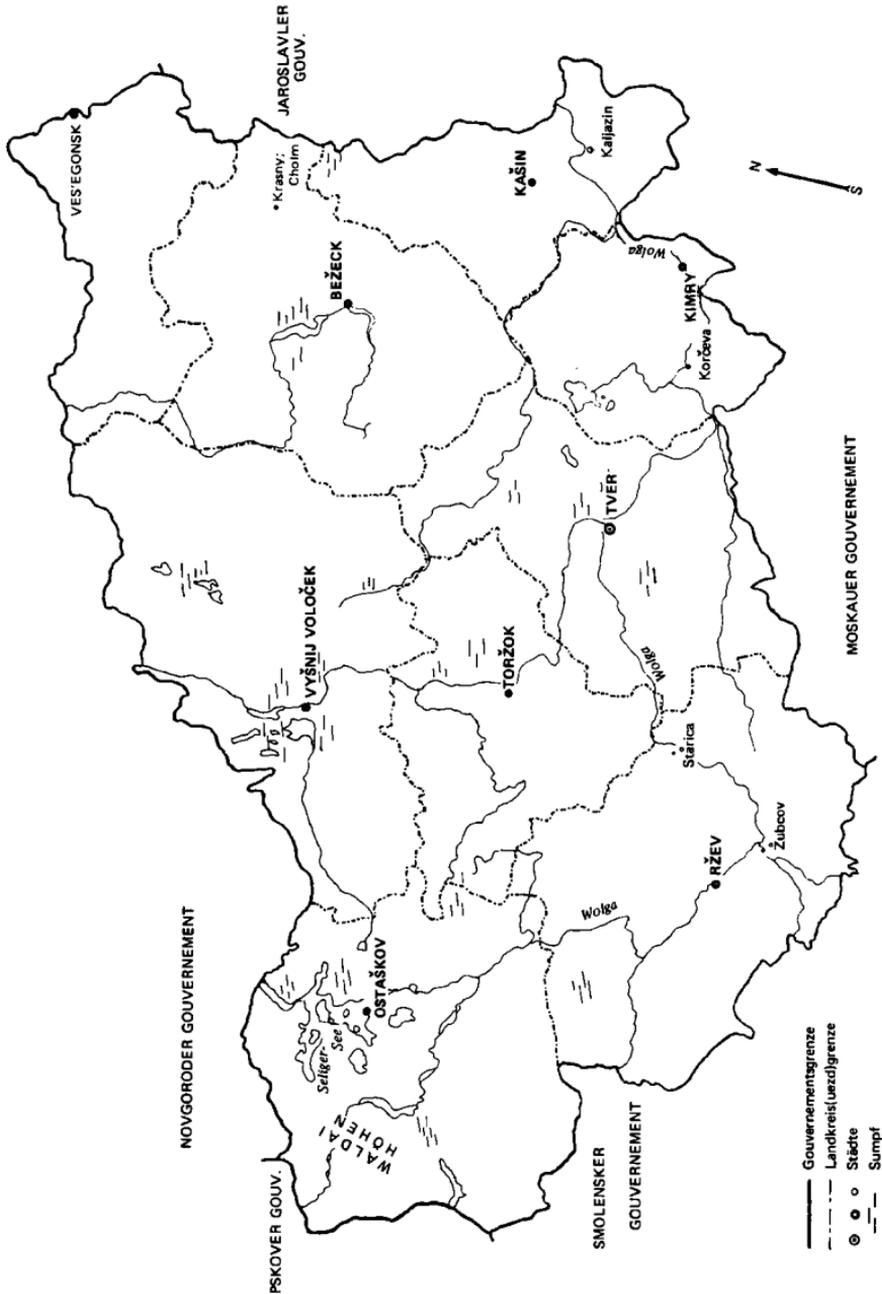


Abb.2: Das Tverer Gouvernement Mitte der 20er Jahre. Vorlage: Èkspursionnyj sbornik vyp. 11: Dal'nie èkspursii po Tverskoj gubernii (pod red. A. N. Veršinskogo), Tver' 1928.

Landeshälfte. Wo sie heute zum ‚Moskauer Meer‘ aufgestaut ist, lag vormals das Städtchen Korčeva. Bei Kaljazin verließ die Wolga das Gouvernement in nordöstlicher Richtung. Mit ihren zahlreichen Zuflüssen war sie seit alters ein eigenes Verkehrssystem und für den lokalen Bedarf bis in unser Jahrhundert noch wichtiger als die wenigen Eisenbahnstrecken und befestigten Chausseen. Im Tverer Gouvernement wurden um die Jahrhundertwende fast 2.500 km dieser Binnenwasserstraßen für die Flößerei genutzt; 1.000 km waren schiffbar, auf knapp 500 km verkehrten Dampfschiffe<sup>2</sup>.

Der Wald, der Ende des 18. Jahrhunderts noch sechs Zehntel und 1851 fast die Hälfte des Gouvernements bedeckt hatte, war in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts erheblich dezimiert worden. Geschlossen war er nur mehr im Nordwesten und Norden erhalten. Genügsame Nadelhölzer, Fichten und Kiefern, bestimmten sein Aussehen, doch auch Espen, Birken und andere Laubbäume waren darunter. Im kargen westlichen Hügelland und in den Moor- und Sumpfbereichen, die im ganzen Gouvernement zu finden waren, erreichten die Fichten- und Kieferngewächse oft nur die Höhe von Sträuchern, und der Boden war mit Heidekraut oder Moos bedeckt<sup>3</sup>.

Die Natur hatte der Landnutzung enge Grenzen gesetzt. Teils waren die Böden zu sandig und trocken, teils übersät mit eiszeitlichem Schotter und Steinen, teils zu lehmig oder sauer; nur wo Böden, ohne zu schwer zu sein, doch genügend Feuchtigkeit halten konnten, war Ackerbau möglich. Unregelmäßig wie Flickchen auf einem großen Teppich verteilte sich die für Ackerbau genutzte Fläche auf das ganze Land; im Süden und Südosten des Gouvernements waren die Bedingungen noch am günstigsten.

Das rauhe, feuchte und winterkalte Klima kam hinzu. Von den etwas über 500 mm<sup>3</sup> Niederschlägen fiel die Hälfte in den drei Sommermonaten Juli, August, September – zur Erntezeit. Zwar wurde es im Juli (mit einem Mittel von 18,4°C) wärmer als in Mitteleuropa, doch die Sommer waren kurz und die Winter lang und bitterkalt. Man konnte nicht sicher sein, daß die Tagestemperaturen im Mai nicht noch einmal unter Null sanken und im September schon wieder; ganz frei von Nachtfrosten war allein der Monat Juli. Im Januar wurden Extremwerte bis weit unter 30 Grad minus gemessen, und selbst in normalen Jahren lag das Januarmittel bei minus 11 Grad. Mehr als ein Drittel des Jahres, von Anfang November bis Anfang April, war die Wolga zugefroren; nur an 214 Tagen, so hatte man errechnet, führte sie in der Stadt Tver<sup>4</sup> kein Eis<sup>4</sup>.

Es nimmt deshalb nicht wunder, daß im Tverer Gouvernement um die Jahrhundertwende nur 1,8 Millionen Menschen ansässig waren – auf

einer Fläche, so groß wie Niedersachsen und Schleswig-Holstein zusammengekommen. Die Bevölkerung bestand ganz überwiegend aus Großrussen, nur im Nordosten gab es eine stärkere karelische (finnische) Minderheit. Über 90 % lebten auf dem Lande. Die Dörfer waren klein, die Höfe aus Holz und die Dächer mit Stroh, Brettern oder Schindeln gedeckt<sup>5</sup>. Die Besiedlung folgte den natürlichen Verbindungswegen und Ressourcen, den Flüssen und Seen und dem bebaubaren Land. Im unwirtschaftlichen Nordwesten waren die Dörfer dünn gesät, und die Ortschaften bestanden oft nur aus ein paar Häusern. Weiter nach Osten und Süden, wo die Täler breit und die Gegend flach wurde, wuchsen auch Zahl und Umfang der Ansiedlungen: Hier gehörten zu einem Dorf 20 bis 30, öfter auch 50 Höfe. Daneben gab es gut ein Dutzend Städte. Die größte davon, Tver', hatte (1897) 53.000 Einwohner, gefolgt von Ržev mit 21.000. Drei weitere Kreisstädte (Vyšnij Voloček, Toržok und Ostaškov) brachten es auf jeweils 10–20.000 Einwohner, die übrigen waren erheblich kleiner<sup>6</sup>. Sah man weniger auf Statuten und mehr auf die Wirtschaft, so war eine genaue Grenze zwischen Stadt und Land kaum zu ziehen: Auch viele Kleinstädter gingen noch agrarischer Beschäftigung nach – und umgekehrt, wie noch zu zeigen sein wird.

Das landwirtschaftlich nutzbare Land verteilte sich zu etwa gleichen Teilen auf Ackerfläche (26,4 %), Wiesen (27,4 %) und Wald (24,1 %). Dazu kamen noch Hof- und Gartenland (2,1 %) sowie Weide, Ödland, Gestrüpp und Holzschläge (20 %) <sup>7</sup>. Man wirtschaftete fast ausschließlich nach dem Drei-Felder-Prinzip, und angebaut wurde vor allem Winterroggen, Hafer, Gerste, Kartoffeln, Erbsen, Buchweizen und Flachs<sup>8</sup>. Von Hafer und Flachs abgesehen, reichte das Produzierte nicht einmal, um den heimischen Tverer Markt zu befriedigen. Fast die Hälfte der Tverer Dorfbevölkerung mußte Mehl hinzukaufen, im Durchschnitt hatte man am selbstgebauten Getreide nur acht Monate. Aber was sagen dabei schon Durchschnittszahlen? Viele ärmere Bauern waren bereits im Winter mit ihren Vorräten am Ende; die Nachfrage wuchs und die Preise stiegen. Wieder einmal herrschte in den klimatisch ungünstigen Regionen, im Westen und Norden, der größte Notstand.

Um die Nahrungsmittel zu bezahlen, mußte hinzuverdient werden. Die Glücklicheren taten dies vor Ort als Schuster oder Schmied, Tischler oder Böttcher, Töpfer oder Kürschner. Fast überall war die Leinenweberei verbreitet, besonders unter der weiblichen Bevölkerung; mehr als 20 Millionen Meter Stoff wurden jährlich gewebt, die Hälfte für den Verkauf. Aber längst nicht für alle hatte das Dorf Arbeit. Hunderttausende verließen es jährlich, um anderswo ihr Zubrot zu verdienen, und die Tendenz war im Steigen: 1899 wurden von den Lokalverwaltungen für

380.000 Menschen ‚Pässe‘, Erlaubnisscheine zum Verlassen des Dorfes, ausgestellt; mehr als ein Fünftel der Bevölkerung war unterwegs. Manche gingen nur bis Tver‘, die meisten weiter, in die Hauptstadt oder nach Moskau, um sich als Fabrikarbeiter, Eisenbahner oder Hausknecht zu verdingen. Tverer Schuster, Zimmerleute, Ofensetzer, Dachdecker und Maler waren über die Gouvernementsgrenzen hinaus bekannt und geschätzt. 1890 lebten über 100.000 Tverer in Petersburg, was 11 % der dortigen Bevölkerung und 40 % der Tverer Wanderarbeiter ausmachte<sup>9</sup>. Sie schickten, was sie verdienten, nach Hause, kehrten mehr oder minder regelmäßig dorthin zurück und gaben ihre Parzellen auch dann nicht auf, wenn die Aufenthalte im Dorf immer kürzer und die Perioden dazwischen immer länger wurden. Die vollständige Integration der Wanderarbeiter in die Stadtbevölkerung unterblieb<sup>10</sup>. Das hatte mehrere Gründe: Es lag an der Agrarverfassung, am Staat, der sie stützte, und an den Bauern, die hartnäckig an ihr festhielten, auch als der Staat seine Politik revidierte.

## 2. Die gescheiterte staatliche Agrarreform

In den Dörfern Zentralrußlands hatten die Bauern – bei der Aufhebung der Leibeigenschaft 1861 – den ihnen zugesprochenen Grund und Boden nicht als Individual- und Privateigentum erhalten. Das Land wurde der ‚Gemeinde‘ (obščina) übereignet, die zugleich kollektiv für die Entschädigung der vormaligen Grundbesitzer und die an den Staat zu leistenden Steuern und Abgaben haftete. Die Gemeinde wies den Höfen einen ‚Bodenanteil‘ (nadel) zu und verteilte mit dem Boden auch die Lasten. Die Bauern bebauten ihren Anteil ‚individuell‘ – bis zur nächsten Neuverteilung des Bodens. Wann eine ‚Umverteilung‘ (peredel) nötig wurde, bestimmte die obščina, und sie legte auch deren Verfahren fest. Das Baltikum, Weißrußland, die Ukraine und Russisch-Polen blieben von diesen Regelungen ausgenommen. Hier, wo schon vor der Reform Erbbesitz und ‚Hofverfassung‘ (podvornoe vladenie) verbreitet gewesen waren, blieben sie auch nach 1861 erhalten<sup>1</sup>.

Die Dörfer des Tverer Gouvernements hatten um die Jahrhundertwende fast ausschließlich die obščina-Verfassung<sup>2</sup>. Nur Haus und Hof waren vererbbares Individualeigentum, die Wälder und Weiden, die Äcker und Wiesen gehörten der Gemeinde. Wald und Weide standen als Allmende allen offen. Äcker und Wiesen waren an die Bauernhöfe verteilt und wechselten von Zeit zu Zeit den Besitzer. Zwischen 1861 und

der Jahrhundertwende hatten drei von vier Tverer Dörfern zumindest einmal umverteilt, manche auch zweimal und öfter<sup>3</sup>. Nach dem Prinzip der Drei-Felder-Wirtschaft war die Ackerflur in drei Gewanne oder ‚Lagen‘ (jarusy) gegliedert: das Winterfeld, die Brache und das Sommerfeld. Innerhalb der Lagen unterschied man nach Bodenrelief und -güte einzelne Abschnitte oder ‚Lose‘ (žereb'ja, os'minniki, gony). Die Lose wiederum bestanden aus parallel laufenden schmalen ‚Bodenstreifen‘ (polosy). Wieviele Bodenstreifen in jedem Abschnitt jedem Hof zugesprochen wurden, hing von der Größe der Familie ab, von der Anzahl der Esser, der männlichen Arbeitskräfte oder beidem (wie bei der Verteilung nach ‚Revisionsseelen‘). Änderte sich zwischenzeitlich die Familiengröße, so konnten bis zur nächsten großen Neuverteilung Teilanpassungen (skidki/nakidki, Abzüge/Zuschläge) vorgenommen werden. Das Grundmuster dieses – nur in der Beschreibung komplizierten – Verfahrens reichte weit in die Zeit vor der Großen Reform zurück, und sein Ursprung war schon unter den Zeitgenossen umstritten. Sinn und Zweck bestanden offenkundig darin, die beschränkten Ressourcen dem steten Wandel der dörflichen Produktivkräfte und familiären Konsumbedürfnisse anzupassen. Es sei dahingestellt, ob – was sich im übrigen nicht ausschließt – die Prozedur als autonome Form bäuerlicher Subsistenzsicherung im Übergang zur Dreifelderwirtschaft oder als Teilgrundherrschaftlicher Verhältnisse entstanden war: der Staat wußte die Gemeindevorstellung nach 1861 für seine eigenen, fiskalischen Belange zu nutzen und bewies ihre flexible Funktionalität<sup>4</sup>.

Jeder Versuch, den Boden gleichmäßig und gerecht zu verteilen, stand im Tverer Gouvernement vor erheblichen Schwierigkeiten. Zwar galt allgemein: Boden ist nicht gleich Boden und Feld nicht gleich Feld; und auch anderswo kannten die Bauern aus langer Erfahrung die Unterschiede und wußten selbst um die Nuancen. Hier aber kam mehreres zusammen: Hunderte von Seen und Flüssen zergliederten und zersparten die Landschaft. Die westliche Landeshälfte war ein hügeliges, welliges Auf und Ab. Doch nicht nur hier, auch im Osten wechselte die Bodengüte häufig schon auf kleinstem Raum. Oft verteilte sich die Saatfläche einer Gemeinde auf mehrere Flurschläge; dann war auch die Entfernung der Schläge zum Dorf zu berücksichtigen<sup>5</sup>. Je gerechter die Prozedur, desto kleiner wurden die Ein- und Unterteilungen. Und je mehr Abschnitte oder Lose gleicher Nutzungsgüte man aussonderte, desto schmaler wurden die Bodenstreifen in ihnen. Mit der ihr eigenen sozialen Logik führte die obščina-Verfassung in Tver' – naturbedingt, naturgedrungen – zur Bodenzer splitterung. Besonders schlimm war es im Nordwesten: Hier hatte ein Hof durchschnittlich 50 bis 60 voneinander getrennte Bo-

denstreifen, und Höfe mit über 100 Parzellen waren keine Seltenheit. Entsprechend klein war der Umfang der Streifen; sie hatten 200 bis 400 m<sup>2</sup>, nicht mehr. Nach Süden und Südosten zu waren die Verhältnisse besser; doch auch hier hatte ein Hof immer noch 40 bis 45 Parzellen. Und da die Dörfer größer waren als im Nordwesten, wuchs die Entfernung zwischen Hof und Feld und machte teilweise die Vorteile wieder wett, die sich aus der geringeren Bodenzersplitterung ergaben<sup>6</sup>.

Nur im äußersten Süden des Tverer Gouvernements, dort wo es ans Gouvernement von Moskau stieß, sank die Zahl der Parzellen pro Hof auf unter 40. Wie ein Blick jenseits der Gouvernementsgrenzen zeigte, setzte sich der Trend dort fort: Je weiter man nach Süden ging, desto größer wurden die Felder und ihre Zahl pro Hof sank. Im Moskauer Gebiet waren die Verhältnisse besser als in Tver', und in Rjazan' besser als in Moskau<sup>7</sup>. Verließ man die Mischwaldzone und stieß in die südlich angrenzende flache, fruchtbare Steppe vor, so ließen sich die Unterschiede mit Händen greifen: Im Süden und Südosten, von der Ukraine bis zur mittleren Wolga, hatten drei Viertel der Bauern höchstens 5 bis 10 oder noch weniger Bodenstreifen, ganz abgesehen davon, daß der Boden ertragreicher und der Umfang der Ackerfläche pro Hof in aller Regel größer war als im Zentrum oder Nordwesten<sup>8</sup>.

Nur wenige Siedlungen im Tverer Gouvernement hatten eine ähnlich günstige Bodenstruktur. 50, 60 und mehr voneinander getrennte Parzellen waren nicht zu bewirtschaften, und so ließ man die kleinsten, am weitesten entfernten oder am wenigsten ertragreichen brach liegen<sup>9</sup>. Was hinzukam: Die einzelnen Gewanne waren durch Zufahrtswege getrennt, und zwischen den Bodenstreifen lagen Raine oder Furchen, die nicht angesät werden konnten<sup>10</sup>. Und da im Turnus der Dreifelderwirtschaft ein Teil der Äcker ohnehin unbestellt blieb, verkleinerte sich die bäuerliche Saatfläche noch einmal. Bodenknappheit war die Folge.

Die Tverer Bauern hatten 1861 nur etwa 50 % der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche erhalten, 40 % behielt der Adel, und der Rest verteilte sich auf Staat, Krone und Kirche<sup>11</sup>. Es ist schwierig zu sagen, ob die Bauernanteile von Anfang an nicht reichten, um die Familien zu ernähren und die hohen Loskaufgelder zu bezahlen, mit denen sich die Gutsbesitzer neben dem Nutzwert des Bodens auch die daran gebundenen Dienste und Abgaben ablösen ließen. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts (von 1851 bis 1897) war die Tverer Bevölkerung jedoch um mehr als ein Drittel gewachsen und der Ruf nach mehr Land allerorts unüberhörbar<sup>12</sup>. Die Nachfrage ließ den Preis pro Hektar Land auf das Zwei- bis Dreifache emporschnellen, ohne daß dieser Steigerung noch ein Zuwachs an Flächenproduktivität entsprochen hätte. Zwischen den

60er Jahren und der Jahrhundertwende kauften die Bauern im Tverer Gouvernement (als Gemeinde, zu mehreren und als Einzelpersonen) über eine Million Hektar Land, vor allem vom Adel – zur Hälfte auf Pump und um den Preis weiterer Verschuldung<sup>13</sup>. Mit am meisten bot man für Wald und fruchtbare Wiesen, vor allem dort, wo die Bauern die Befreiung aus der Leibeigenschaft mit dem freien Zugang zu Wald, Wiese und Weide bezahlt hatten. Trotz der Zukäufe und einer bedeutenden Erweiterung der bäuerlichen Saatfläche war Ende des Jahrhunderts noch immer der Großteil der Wälder und Weiden in nichtbäuerlicher Hand<sup>14</sup>. Und daß die bäuerliche Saatfläche nicht reichte und ein immer größerer Teil der Tverer Landbevölkerung im Nebenerwerb hinzu verdienen mußte, zur Ernährung der Familie und zur Erhaltung von Haus und Hof, wurde bereits ausgeführt.

Wer diese bedrängte Enge verlassen wollte, stand vor einem Wald von Schwierigkeiten. Die Bauernbefreiung hatte die Schollenpflicht nicht beseitigt, sondern nur die alte Form, die Bindung an den gutsherrlichen Boden, durch die Einbindung in den Dorfverband und in die Familienwirtschaft ersetzt. Zwar war die Loslösung aus der Gemeinde rechtlich möglich, aber als erst die Ablösezahlungen, für die die Gemeinden kollektiv hafteten, angelaufen waren, wurden die administrativen, wirtschaftlichen und sozialen Hürden in aller Regel unübersteigbar. Das verbrieftete Recht stand nur mehr auf dem Papier<sup>15</sup>.

So war, wer seinen Boden nur mehr als Bürde sah, rechtlich verpflichtet, bevor er Haus und Hof verkaufen oder niederreißen und das Land der Gemeinde zurückgeben konnte, die Hälfte der darauf lastenden Ablöseschuld im voraus zu bezahlen. Welcher Tverer Bauer konnte das schon? Außerdem: Wie wollte man die bereits geleisteten Zahlungen und die Restschuld nach mehreren Umverteilungen noch genau bestimmen? Dabei ging (seit 1893) nichts ohne Zustimmung der Gemeinde selbst, die mit Verweigerung des ‚Passes‘ verhindern konnte, daß sich ein Gemeindemitglied im Überdruß von seinem verschuldeten Häuschen und aus der gemeinsamen Verantwortung hinwegstahl: Denn einen Paß brauchte jeder, der das Dorf verließ, ganz gleich wie lange und wie weit er weg wollte. Wer im übrigen den eingegangenen Verpflichtungen nicht nachkam, konnte von der Gemeinde mit Zwangsarbeit zur Vernunft gebracht werden.

Auch wer sich mit seinem Bodenanteil separieren wollte – sei es um ihn später zu verkaufen oder als Individualwirtschaft weiterzuführen –, stand vor nicht geringeren Problemen: Er hatte die gesamte Ablösesumme im voraus zu begleichen, bevor er von der Gemeinde verlangen konnte, daß seine einzelnen Bodenstreifen zu einem Terrain zusam-

mengelegt wurden. Die Gemeinde hatte dann diesem Wunsch „soweit als möglich“ nachzukommen<sup>16</sup>. Im Tverer Gouvernement ging bis zur Jahrhundertwende nur eine verschwindende Minderheit der Bauern diesen Weg in die Einzelwirtschaft<sup>17</sup>.

Von den rechtlichen Bindungen an die Gemeinde war nicht nur der Bauer selbst, sondern auch seine Familie betroffen: Die Bodenstreifen wurden (nach Arbeitskräften und Essern) dem Hof als Ganzem zugeteilt, und wer Bodenanteile hatte, mußte auch die darauf lastenden Verpflichtungen tragen, selbst wenn sie – im Extremfall – den Ertragswert des Bodens überstiegen. Und ein Hausvater, der seinen minderjährigen Söhnen die Erlaubnis gab, dem Dorf für immer den Rücken zu kehren, mußte damit rechnen, bei der nächsten Bodenrevision weniger Anteile zu erhalten. Ein Ausweg aus dem Dilemma waren Handwerk und Wanderarbeit: Sie brachten zusätzliche Einkünfte in die Haushaltskasse, ohne daß dabei Bodenansprüche aufgegeben werden mußten.

Die Unzufriedenheit der Bauern mit ihrer Lage brach sich 1902 Bahn, in der östlichen Ukraine formierte sich zuerst der Widerstand: Binnen kurzem standen in den Gouvernements von Poltava und Char'kov mehr als 160 Ortschaften in hellem Aufruhr, einige Dutzend Gutshöfe gingen in Flammen auf<sup>18</sup>. Drei Jahre später, im Frühjahr 1905, als der Konflikt mit Japan der Regierung die Hände band und das militärische Debakel in Fernost absehbar wurde, wiederholten sich die Ereignisse im nördlich angrenzenden Gouvernement von Kursk<sup>19</sup>. Von hier griffen die Unruhen rasch auf das ganze südrussische Schwarzerdegebiet über und erfaßten im Verlauf des Sommers den Westen bis hinauf zum Baltikum. Auch jenseits des Kaukasus, in Georgien, revoltierten die Bauern. Kaum hatte sich die Lage im Herbst etwas beruhigt, brach die Bewegung gegen Ende des Jahres erneut los, heftiger als zuvor und von Arbeiterstreiks begleitet, die nicht mehr nur ökonomische, sondern politische Ziele verfolgten und im Moskauer Dezemberaufstand gipfelten. Das Zentrum der Bauernrevolten lag nun an der mittleren Wolga; doch der Funke sprang über, und der schwelende Konflikt verwandelte sich erneut in einen revolutionären Flächenbrand. Er erfaßte den ganzen Süden von Bessarabien bis zum Ural, den Kaukasus, den Westen und die baltischen Provinzen.

Besonders gewalttätig waren die Auseinandersetzungen im Gouvernement von Saratov. Hier – am Mittellauf der Wolga – zogen bewaffnete Bauernhorden, manchmal mehrere Hundert Mann stark, sengend und brennend durchs Land; sie jagten die Gutsbesitzer von den Höfen, verteilten die Habe und machten die Häuser dem Erdboden gleich – in der Hoffnung, eine Rückkehr für immer verhindert zu haben<sup>20</sup>. Wo sich

Polizei und staatliche Amtsträger in den Weg stellten, wurden sie vertrieben. Exzesse und Plünderungen gab es nicht nur in Saratov, sondern vielerorts. Im Winter und Frühjahr ließ der Druck nach, doch im Sommer 1906 gingen die Bauern erneut zur Attacke über, und die Zahl der Agrarunruhen überstieg noch die Marke des Vorjahres. Erst allmählich gelang es der zarischen Regierung, die Initiative an sich zu reißen, und – nach einem letzten Aufbäumen im Sommer 1907 – die Agrarbewegung mit Militär, Polizei und Terrorjustiz vorerst zu ersticken<sup>21</sup>.

Auch das Tverer Gouvernement hatte in den Jahren 1905 bis 1907 seine Agrarunruhen, nur waren die Formen der Auseinandersetzung weniger heftig und gewaltdtätig als im Süden: Zu Akten blinder Wut kam es nur vereinzelt. Meist begnügte man sich mit den einfacheren Formen des Protestes: Die Bauern verweigerten dem Staat die Steuern und Abgaben und stellten die Zahlung der Loskaufgelder ein. Sie holten Holz aus dem Wald, der ihnen nicht gehörte, und Heu von den herrschaftlichen Wiesen. Sie nahmen dem Gutsherrn Ackerland weg oder drohten zumindest, es zu tun. Und sie hinderten die Gutsarbeiter an der Ausübung ihrer Tätigkeit mit der Forderung, der feine Herr solle seine Arbeit selbst machen. Mitunter trieb man auch das Vieh auf fremde Weiden und machte dafür ältere Besitztitel geltend: Erst durch die ‚Bauernbefreiung‘ habe man dieses Land verloren<sup>22</sup>. An den Aktionen, so gaben staatliche und halbstaatliche Beobachter übereinstimmend zu Protokoll, waren meist nur die Ortsbauern selbst beteiligt, niemand von außen; allenfalls konnte ein bäuerlicher ‚Pendler‘ als Rädelsführer fungieren, doch auch das war – soweit die spärlichen Quellen Schlüsse zulassen – keineswegs die Regel<sup>23</sup>. Daß dem Einfluß der unruhigen Arbeiterschaft keine entscheidende Bedeutung zukam, und der Agitation der sozialistischen Parteien schon gar nicht, galt nicht nur fürs Tverer Gouvernement, sondern für weite Teile des Landes. Und auch in der Frage nach den Gründen der Arbeiterunruhen waren sich die Tverer Bauern mit dem Rest Rußlands im wesentlichen einig: Es lag, von lokalen Mißernten abgesehen, daran, daß die Bauern zu wenig Land hatten; ihnen fehlten vor allem Wiesen, Weiden, Wald<sup>24</sup>.

Die Agrarunruhen hatten die zarische Autokratie im Innersten getroffen und die Gesellschaft, auf der sie ruhte, als brüchig erwiesen. Unter dem Druck der Ereignisse revidierte die Staatsführung noch in den Krisenjahren 1905/06 ihre bisherigen Grundpositionen und konzipierte Schritt für Schritt die Aufgaben und Ziele der Agrarpolitik neu. Wer bislang die obščina als Faktor sozialer und politischer Stabilität gesehen hatte, war durch den Gang der Ereignisse widerlegt. Die Fakten gaben eher den Gegnern recht, schon 1902 waren die Unruhen in Gebieten aus-

gebrochen, in denen der Gemeindebesitz vorherrschte<sup>25</sup>, und 1905/07 war es nicht anders. Die Institution sollte daher fallen und nicht weiter die Bildung leistungs- und konkurrenzfähiger Einzelwirtschaften behindern; auf sie wollte der Staat künftig setzen. Die Solidarhaftung der obščina war schon 1903 aufgehoben worden, 1905 wurden auch die verhaßten Ablösezahlungen abgeschafft. Seit Herbst 1906 konnte jeder Bauer seine Parzellen als Privateigentum registrieren lassen, ohne die Gemeinde zu fragen; sein Anrecht auf Nutzung der Gemeindeweiden, -wiesen und -wälder blieb davon unberührt. Auch wenn der Bauer zum Zeitpunkt der Separierung mehr besaß, als seinem Familienstand entsprach, mußte die Gemeinde ihn ziehen lassen; und für die überzähligen Bodenanteile konnte sie nur dann eine Entschädigung verlangen, wenn der Zeitpunkt der letzten großen Umverteilung nicht länger als 24 Jahre zurücklag. Dabei blieb die Entschädigung in jedem Falle weit unter dem Marktwert. Mit dem Eigentumstitel erwarb der Bauer die freie Verfügung über den Boden, und das Mitspracherecht der Familie entfiel. Der ‚Hof‘ (dvor), bisher Produktions- und Haftungsgemeinschaft in einem und Zelle des obščina, sollte als Rechtsinstitut mit ihr verschwinden<sup>26</sup>.

Seit 1906 konnten die Bauern von der Gemeinde auch verlangen, daß ihre verstreuten Parzellen zu einem Areal zusammengelegt wurden. Nur so war in der Tat eine intensivere Bodennutzung möglich. War der Bauer noch Gemeindemitglied, mußte er bis zur nächsten großen Umverteilung warten. War er bereits Eigentümer, war die Gemeinde verpflichtet, seinem Wunsch jeder Zeit nachzukommen oder ihn monetär zu entschädigen. Nach 1910/11 verschärfte die Regierung die Bestimmungen: Wer die Konsolidierung seines Bodenbesitzes wollte, mußte nicht mehr auf die Gemeinde und die nächste Umverteilung warten. Er trug sein Anliegen der örtlichen, staatlichen eingesetzten Landregulierungskommission vor, die über seinen Antrag entschied. Um den langsamen Auflösungsprozeß der obščina zu forcieren, erklärte man im Sommer 1910 kurzer Hand und per Gesetz alle Gemeinden für aufgelöst, die seit 1893 nicht umverteilt hatten; gleichzeitig begann man den neuen Eigentümern entsprechende Zertifikate auszustellen<sup>27</sup>.

Beinahe um jeden Preis, mit Versprechungen, administrativem Druck und gesetzlichem Zwang betrieb die Regierung nach 1906 die Auflösung des alten dörflichen Sozialgefüges. Aus seinen Trümmern sollte – so die Vision des neuen Ministerpräsidenten Stolypin – ein russischer Bauer neuen Typs entstehen, der befreit von den Fesseln der obščina, mit neuem Mut an die Arbeit ging und der danach strebte, sich im System freier Konkurrenz zu behaupten, seine Produktion zu steigern und seinen Besitz zu erweitern. Wer zu schwach war, um als Landwirt zu über-

leben, konnte – so die Konzeption der staatlichen Agrarpolitik – immer noch seine Bodenanteile verkaufen und mit dem erworbenen Kapital in der Stadt eine neue Existenz suchen; und wer in seiner alten Heimat nicht genügend Land fand, aber Bauer bleiben wollte, konnte sich nach Sibirien umsiedeln lassen. Ihnen allen sollte die Bauernbank als Partner und Kreditgeber unter die Arme greifen.

Das Gros der Bauern reagierte auf die neuen Reformgesetze mit Enttäuschung und Verbitterung. Sie hatten zusätzliches Land gewollt und erwartet, Land von den Gutsbesitzern und dem Staat, der Krone und der Kirche. Nun gab man ihnen – aus ihrer Sicht – das bloße Eigentumsrecht an dem, was sie schon besaßen, verbunden mit einer unsicheren Zukunft. Die obščina ließ alle leben, auch die ärmeren Bauern, so war der Grundtenor vieler Äußerungen; was aber, wenn sich das neue System wie eine ‚ansteckende Krankheit‘ verbreitete<sup>28</sup>? Der aktive und passive Widerstand der Bauern zeigte, daß die Gemeinde mehr zusammenhielt als ihre Funktion im Rahmen staatlicher Fiskalpolitik. Auch wo man lange nicht umverteilt hatte, war die obščina nicht, wie die Regierung meinte, ‚zerfallen‘. Der staatliche Kampf gegen die Gemeinde einte sie, belebte längst vergessene Traditionen neu.

Nur im Westen, wo die Gemeindeuhren seit langem anders gingen, scheint die Stolypinsche Agrarpolitik auf breitere Zustimmung gestoßen zu sein. In Zentralrußland dagegen hatte ein Bauer, der den Wunsch äußerte, aus der obščina auszuschneiden, den Rest des Dorfes gegen sich. Der Reichere und Ehrgeizige, der sich vom Austritt aus der obščina ein schnelleres Fortkommen versprach, galt als asozialer Separatist; doch das war nur eine Minderheit. Der Großteil des Antragsteller wollte sich ‚zusätzliche‘ Bodenstreifen sichern; aus Furcht, die Parzellen bei der nächsten Umverteilung zu verlieren, ließ er sie flugs als Eigentum registrieren<sup>29</sup>. Das Dorf antwortete massiv mit Beschimpfungen und Drohungen, mit dem Ausschluß aus der Dorfversammlung, mit dem Verbot, die Gemeindewege und -wiesen zu benutzen und Wasser aus dem Dorfbrunnen zu schöpfen. Spätestens wenn man dem ‚Stolypinbauern‘ den Roten Hahn aufs Strohdach setzte, rief die Auseinandersetzung zwischen den Wenigen und der bäuerlichen Masse die zarischen Behörden auf den Plan, und sie demonstrierten mit Gegenterror, daß der einzelne Bauer in der Wahrnehmung seiner neuen, staatlich garantierten Rechte nicht von den Beschlüssen der Dorfversammlung abhängig war<sup>30</sup>. Die Veröffentlichung von Zahlen über den ‚Zerfall der obščina‘ war Teil der Kampagne. Die Verlässlichkeit der Angaben ist umstritten, nur eine genauere Analyse gibt Auskunft über die tatsächlichen Verhältnisse vor Ort<sup>31</sup>. Sie zeigt, daß die vorzeigbaren Resultate der Regierungs-

politik trotz großem Aufwand bescheiden blieben. Die Tverer Entwicklung ist dafür ein gutes Beispiel.

In Tver' lebten 1905 noch immer 99% der Bauern in der obščina. Zehn Jahre später hatten knapp 50.000 Höfe (am 1. Mai 1915: 47.053) ihre Bodenanteile als Individualeigentum registrieren lassen; das waren 15,7% der Wirtschaften und 12,8% des obščina-Landes<sup>32</sup>. Ob die Registrierung freiwillig oder mit administrativem Zwang zustande gekommen war, sei dahingestellt. In knapp der Hälfte der Fälle änderte sie jedenfalls nichts an der bisherigen Wirtschaftsweise: Die winzigen Parzellen blieben in Gemengelage mit den Bodenstreifen der Gemeinde und machten wie vorher eine Absprache und Einigung über Saatfolge und Ernte nötig. Auch die Wälder und Weiden blieben ungeteilt. Nur bei den übrigen Antragstellern (es waren nach der Statistik 26.586) folgte der Registrierung als Eigentum eine Flurbereinigung. Die verstreuten Bodenstreifen wurden zu einigen wenigen großen Feldern zusammengelegt<sup>33</sup>. Meist ging dabei das ganze Dorf geschlossen zur neuen Bodennutzungsform über. Haus und Hof der neuen Einzelbauern (otrub, Pl. otruba) blieben am alten Fleck und das Dorf als Siedlungsgemeinschaft erhalten. Nur in ganz wenigen Fällen verließen Bauern als ‚Aussiedler‘ (chutora) die Siedlungsgemeinschaft des Dorfes, um sich mitsamt dem Hof weit außerhalb inmitten ihrer Felder neu niederzulassen<sup>34</sup>. Rechnet man zusammen und nimmt dabei an, daß es im Tverer Gouvernement 1915 ca. 336.000 Bauernhöfe gab, so machten die knapp 27.000 chutor- und otrub-Bauern nur 8% aus; und ihre Äcker umfaßten 10% des ehemaligen obščina-Landes<sup>35</sup>.

Was sich in diesen Zahlen noch als – wenn auch schmale – Erfolgsbilanz ausnimmt, zerfällt in sich, betrachtet man die Resultate der Reformpolitik genauer und vergleicht sie mit ihrem Anspruch. Die Schaffung einer neuen Schicht leistungs- und konkurrenzfähiger Mittelbauern war in Tver' mißlungen: Zwischen den alten obščina-Bauern und den neuen otrub-Bauern gab es keine entscheidenden sozialen und ökonomischen Unterschiede (die wenigen chutor-Bauern fielen statistisch nicht ins Gewicht)<sup>36</sup>. Weder war ihre Wirtschaft größer, wenn man Saatlfläche, Vieh und Arbeitskräfte als Indikator nahm, noch intensiver, wenn man das Ackerland zum Gesamtland in Beziehung setzte. Nicht einmal ein Graben der Bildung trennte den otrub- vom alten Gemeindebauern; die Fähigkeit zu lesen und zu schreiben war bei beiden gleich hoch (oder besser: gleich niedrig) entwickelt: drei Viertel der Männer waren Analphabeten<sup>37</sup>. Auch bei den neuen Einzelbauern blieb – so ist der Agrarstatistik zu entnehmen – ein nicht unerheblicher Anteil des Gesamtlandes unverteilt und in Gemeinschaftsbesitz (vor allem die

Weide und der Wald). Dies alles zeigt, daß die Übergänge zwischen Einzelhof- und obščina-Verfassung fließend waren und unter neuem Namen vielfach Altes fortbestand. Was auf Seiten der otrub-Bauern tatsächlich positiv zu Buche schlug, war die Flurbereinigung, die Zusammenlegung der schmalen Bodenstreifen zu größeren Feldern. Flurbereinigung setzte aber nicht notwendig Individualeigentum voraus, sie war mit Erfolg auch innerhalb der Gemeindeverfassung möglich, wie die Praxis bewies. Bevorzugten die Landkommissionen bei der Durchführung die Einzelbauern, so war dies politisch, nicht sachlich begründet<sup>38</sup>.

Negativ wie in Tver' war die Bilanz der Reformpolitik auch in den nördlich, östlich und südlich angrenzenden Gouvernements, im ganzen Zentralen Industrierajon um Moskau. Problematisch war sie weit darüber hinaus. Die Praxis hinkte allgemein den Erfolgswahlen der Regierung hinterher; der Widerstand der Bauern blieb heftig und die obščina stark, auch dort, wo – wie im Süden und Südosten Rußlands – mehr Bauern aus der obščina austraten als im Tverer Gouvernement. Offenkundig konnten und wollten die Bauern nicht die Risiken auf sich nehmen, die eine Einzelwirtschaft mit sich brachte. Die Ärmsten der Armen empfanden die Reformpolitik am meisten als Bedrohung; sie sahen ihre Subsistenz gefährdet, wenn sie Erfolg hatte. Die Möglichkeit, wenn die Landwirtschaft nicht lohnte, den Besitz zu verkaufen und anderswo neu zu beginnen, war aus ihrer Sicht keine gangbare Alternative. Sie fürchteten, mit Haus und Hof ihr einziges Kapital und mit der obščina und dem Anspruch auf Gemeindeland die letzte Sicherheit, die sie hatten, zu verlieren<sup>39</sup>. Wo das Dorf dem Drängen Einzelner und dem Druck der Administration nachgab und man gemeinsam die obščina begrub, kam, wie das Tverer Beispiel zeigte, nur selten heraus, was die Regierung wünschte: eine Gruppe arrondierter, leistungsfähiger und voneinander unabhängiger Farmbetriebe. Wo Bauern aber als Einzelne und gegen den Willen der Allgemeinheit die obščina verließen, wie dies häufig im Süden und Südosten geschah, riskierten sie den Bruch und Dauerkonflikt, was wiederum ein gedeihliches Fortkommen sehr erschwerte.

1907, als die Agrarunruhen bereits den Höhepunkt überschritten hatten und die künftige Agrarpolitik der Regierung sich in Umrissen abzuzeichnen begann, wurde im Tverer Gouvernement ein Angestellter der ländlichen Selbstverwaltung gefragt, ob sich die Stimmung innerhalb der Bauernschaft geändert habe. Er antwortete mit Nein, die Bauern hätten ihr Ziel ‚mehr Land‘ nicht aufgegeben<sup>40</sup>. Die Reformpolitik hat während des nächsten Jahrzehnts im Dorf viel bewegt, aber kein Problem gelöst, und unverändert blieb auch die Forderung der Bauern nach ‚mehr Land‘.

### 3. Die Revolution der Bauern

Ende Februar 1917, nach zweieinhalb Jahren Krieg, als die Lage an den Fronten immer trostloser und die Versorgung im Innern immer schlechter wurde, traten die hauptstädtischen Arbeiter in den Ausstand und stürzten die Regierung: Das eingesetzte Militär weigerte sich, auf Streikende und Demonstranten zu schießen, und schloß sich ihnen an. Der Autokratie waren die Zügel der Macht aus den Händen geglitten. Zar Nikolaj II. dankte ab. Ein Parlamentsausschuß übernahm als ‚Provisorische Regierung‘ die Staatsgeschäfte.

Die neue Regierung erließ eine Amnestie für alle politischen Vergehen und bekannte sich zu den bürgerlichen Grundrechten: zur Freiheit der Rede und der Presse, zur Vereins- und Versammlungsfreiheit, zum Streikrecht und zur Abschaffung aller Standesprivilegien. Die lokalen Selbstverwaltungen, die Stadtparlamente und die ländlichen zemstva-Organisationen, sollten in allgemeiner, gleicher, direkter und geheimer Abstimmung neu gewählt werden. In allen Gouvernements sollte ein Regierungskommissar den amtierenden Gouverneur ablösen und eine Volksmiliz mit gewählter Führung an die Stelle der alten Polizei treten. Alle Maßnahmen waren als Übergangslösung gedacht, bis die Konstituante, eine frei und demokratisch gewählte verfassungsgebende Versammlung, zusammentrat und über die künftige Staatsform entschied. Ihr sollte auch die endgültige Regelung der Agrarfrage vorbehalten bleiben. Das Programm der Provisorischen Regierung fand die Zustimmung aller politischen Parteien, von der extremen Rechten und der extremen Linken abgesehen. Es wurde von den ‚Räten‘ (russisch sovety, eingedeutscht Sowjets) unterstützt, die sich nach dem Zusammenbruch der Autokratie in Fabriken und Garnisonen gebildet hatten und als Interessenvertretung und Selbstverwaltung der Arbeiter und Soldaten zunehmend an Bedeutung gewannen<sup>1</sup>.

Als die Kunde von den Vorgängen in der Hauptstadt Anfang März nach Tver‘ drang, brachten revoltierende Soldaten den Gouverneur um. Das Stadtparlament, die Stadtduma, bildete aus Mitgliedern der Selbstverwaltung einen provisorischen Ausschuß; auch Repräsentanten des öffentlichen Lebens sowie Vertreter der Arbeiter und Soldaten wurden hinzugezogen. Der Ausschuß nannte sich stolz ‚Tverer Provisorisches Gouvernementsexekutivkomitee‘, unterstellte die neue Volksmiliz seiner Leitung und teilte der Provisorischen Regierung in Petrograd mit, sie solle keinen neuen Gouverneur oder Regierungskommissar schicken: Wenn man in Tver‘ einen brauche, werde man ihn wählen und der Regierung vom Ergebnis Mitteilung machen<sup>2</sup>. Nach dem Vorbild der Haupt-

stadt bildete sich auch in Tver' ein Arbeiterrat und – getrennt davon – ein Rat der Militärdeputierten; in ihm saßen die Vertreter der Garnison, Soldaten und Offiziere. Noch in der ersten Märzwoche war die organisatorische Neugliederung der Gouvernmentsspitze abgeschlossen. Den 7. März rief der Arbeiterrat zum Feiertag aus: Die ‚Opfer der Revolution‘ wurden begraben, ein Soldat, der einem Offizier die Ehrenbezeugung verweigert hatte und von diesem erschossen worden war<sup>3</sup>.

Unterhalb der Gouvernmentsebene, in den Landkreisen (uezdy), vollzog sich die Machtübernahme ähnlich: Die jeweiligen Stadtparlamente und zemstva-Organisationen bildeten provisorische Kreisexekutivkomitees und kündigten die demokratische Neuwahl der Volksvertretungen an. Wo es größere Fabriken gab, entstanden Arbeiterausschüsse, -komitees oder -räte, und in den Garnisonen wurden Soldatenvertretungen gewählt<sup>4</sup>. Unterhalb der Landkreise, in den ländlichen Amtsbezirken (volosti), wurden die adeligen Bezirkshauptleute (zemskie načal'niki) abgeschafft, so wie es die Provisorische Regierung angekündigt hatte; auch auf dieser Ebene sollten zemstva-Organisationen entstehen und die bäuerliche Selbstverwaltung verwirklichen. Als Übergangslösung wurden volost'-Komitees gebildet<sup>5</sup>. Gleichzeitig bemühten sich Gouvernmentsexekutivkomitees und Tverer Arbeiterrat um die Organisation bäuerlicher Interessenvertretungen: Bei der Tverer Genossenschaftszentrale wurde eine Kommission zur Bildung von ‚Bauernräten‘ eingerichtet<sup>6</sup>.

Die Bauern aber hatten offenbar andere Sorgen und ihre eigene Vorstellung von der Revolution. Davon zeugen die zahlreichen überlieferten Lokalnachrichten, Zeitungsmeldungen, Beschwerden und Polizeiberichte<sup>7</sup>. Zur Kennzeichnung der Lage seien einige Beispiele hier angeführt. Gerüchte über den Sturz der Regierung, die Abdankung des Zaren und die Ermordung des Gouverneurs erreichten das Dorf schon Anfang März. Doch klüger geworden durch die polizeilichen Strafaktionen nach der ersten Revolution (von 1905–07), warteten die Bauern ab, bis sie Gewißheit hatten. Im April wurden nur aus drei (von zwölf) Landkreisen Bauernunruhen gemeldet. So hatten die Bauern auf den Besitzungen des Grafen Sollogub (im Bežecker Landkreis) den Verwalter und die Angestellten verjagt und auf dem Gut Mikulino (im Staricaer Landkreis) die Äcker enteignet und die Beschäftigten entlassen. Nicht weit davon wurden Kriegsgefangene, die auf Gütern zur Feldarbeit eingesetzt waren, von den Bauern nach Hause geschickt. Im Staricaer und Ostaškover Landkreis, beide im waldreichen Westen gelegen, verhinderten die Bauern den Abtransport von Holz; es war hier in großer Menge als Brennstoff für Fabriken geschlagen worden und wartete auf die Ver-

flößung<sup>8</sup>. Als ob ihr Beispiel Schule gemacht hätte, leisteten wenig später Bauern im Bežecker Landkreis Widerstand, als ein Wald, den der Fürst Meščerskij an das Handelshaus Gebrüder Gurevič verkauft hatte, gerodet werden sollte. Im Mai beschwerte sich auch die Fürstin Šachovskaja bei der neuen Regierung, die Bauern hätten die Rodung eines bereits verkauften Waldes verhindert. Die in diesem Fall eingeleiteten Nachforschungen ergaben, daß die Bauern den Wald oder einen Teil davon als eigenen, angestammten Besitz betrachteten<sup>9</sup>.

Seit Mai/Juni häuften sich – vornehmlich im Landkreis Vyšnij Voloček – die Fälle, daß Bauern Gutsbesitzerland unter den Pflug nahmen und mit der Aussaat begannen. Der Großgrundbesitzer Bažanov protestierte bei der Gouvernementsleitung und forderte Abhilfe: Die Bauern hätten sein Land genommen, seine Wiesen gemäht und den Preis dafür selbst festgelegt; aus Furcht vor weiteren Repressionen habe er darauf verzichtet, selbst auszusäen, und er fände im Dorf auch keine Arbeiter mehr, die dies für ihn tun würden<sup>10</sup>. Im Bežecker Landkreis teilten drei Dörfer die Besitzungen eines gewissen V. Bogial'-Gonnes unter sich auf und zwangen den Verwalter, geleistete Zahlungen zurückzuerstatten<sup>11</sup>.

Unruhe hatte bis zum Sommer alle Landkreise erfaßt, und Rechtsbrüche waren zur Massenerscheinung geworden. Im Ostaškover Landkreis machten sich mehrere Dörfer über die Besitzungen N. Protopopovs her und zwangen die Gutsverwaltung, ihren Dienst zu quittieren<sup>12</sup>. Im Zubcover Landkreis nahm ein volost'-Komitee, ohne lange zu fragen, dem Großgrundbesitzer Krylov das Ackerland und die Wiesen weg<sup>13</sup>. Im Landkreis Bežec mähnten die Bauern die Wiesen des Maria-Verkündigungs-Klosters ab, und Bauern aus den Landkreisen Bežec und Toržok teilten sich die Wiesen und Weiden der Großgrundbesitzerin Žukova. Die Gutsarbeiter der Žukova wurden mit Gewalt daran gehindert, ihre Tätigkeit fortzusetzen, und das volost'-Komitee belegte die Eigentümerin obendrein mit Steuerauflagen; für den Fall der Zahlungsverweigerung wurden ihr Zwangsmaßnahmen angedroht<sup>14</sup>. Im Staricaer Landkreis konfiszierten die Bauern Wiesen und Weideland des Gutes Vrasškij, und im Gestüt Ballas erzwangen sie mit amtlicher Unterstützung, daß die Besitzerin einen Teil der Weideflächen weiterhin an Bauern verpachten mußte – um die Hälfte des bisherigen Preises<sup>15</sup>. Im Tverer Landkreis erlaubte ein volost'-Komitee den Bauern von Dmitrovo die Nutzung von 139 ha Kirchenland – ohne vorherige Rückfrage bei der Eigentümerin. Und die Großgrundbesitzerin Gorbatova (aus dem Landkreis Ves'egonsk) beschwerte sich beim Gouvernementsexekutivkomitee, daß die Bauern ihr Weide und Winterfeld enteignet hätten; Proteste bei den örtlichen Amtsstellen seien ergebnislos geblieben<sup>16</sup>. In einem Teil

des Staricaer Landkreises schließlich forderten die Bauern Ende August, der Bauernrat solle nach schlechter Ernte die Überschüsse der Reichen registrieren, bevor sie nach außerhalb verkauft werden konnten; die lokalen Erntevorräte würden nur für zwei bis drei Monate reichen<sup>17</sup>.

Die Unruhen setzten sich in den Herbstmonaten fort, wenngleich die Übergriffe auf Ackerland und Wiesen nun etwas zurückgingen. Dafür vermehrten sich die Nachrichten über Plünderungen der Wälder. So wandte sich die Großgrundbesitzerin M. A. Sevenard aus dem Staricaer Landkreis Mitte Oktober an die Gouvernementsleitung, endlich den Raubrodungen in ihrem Wald ein Ende zu setzen, alle Eingaben an örtliche Stellen seien vergeblich gewesen<sup>18</sup>. An die gleiche Stelle wandte sich auch der Gutsbesitzer Sergeev: Die Bauern holten sich aus seinem Wald selbst am helllichten Tage, was sie nur tragen könnten, Klötze, Stämme, Schwellen und Wurzelstöcke, und bedrohten ihn mit Totschlag und Brandstiftung<sup>19</sup>. Überrascht werden diese und ähnliche Nachrichten in der Gouvernementsleitung kaum haben. Schon Anfang des Monats hatte ein Geheimschreiben vermeldet, daß die Abholzerei im Staricaer Landkreis zur Massenbewegung geworden sei und die verantwortlichen Stellen nicht die geringsten Anstalten machten, dagegen einzuschreiten<sup>20</sup>. In anderen Landkreisen war die Lage ähnlich, und die Aktionen richteten sich nicht allein gegen die verhaßten Großgrundbesitzer. So klagte die Verwaltung der Rjazan'-Ural-Eisenbahngesellschaft, daß die Bauern auch in ihrem Wald (im Korčevaer Landkreis) an die 2000 Bäume gefällt hätten; stelle sie Wachen auf, so drohe man dort mit Lynch-Justiz<sup>21</sup>. Von der allgemeinen Lage gibt die Kriminalstatistik des Ves'egonsker Landkreises für den Monat September eine Vorstellung: Sie verzeichnete 1 Mord, 20 Gewaltverbrechen (von der Körperverletzung bis zum Raub), 18 Fälle von Selbstjustiz (mit Übergriffen auf fremdes Eigentum), 8 Pferdediebstähle, 45 ‚normale‘ Diebstähle, 14 Brände (offenbar mit dem Verdacht auf Brandstiftung) und 1 Flucht aus dem Gefängnis<sup>22</sup>.

Trotz dieser Zahlen – im ganzen überrascht die Friedfertigkeit der Tverer Entwicklung. Nachrichten über blanke, brutale Gewalt in den dörflichen Auseinandersetzungen sind selten. Anderswo – wie etwa an der mittleren Wolga – liefen die Kämpfe blutiger ab<sup>23</sup>, doch auch dort sollten spektakuläre Aktionen und Ereignisse nicht täuschen. Pogrome und Plünderungen, Ausbrüche blinden Hasses gegen Menschen und Sachen, machten insgesamt nur einen kleinen Teil der Bauernunruhen aus. Meist wußten die Bauern sehr genau, was sie wollten: das Nutzungsrecht an Wald, Wiesen und Weiden sowie am Ackerland, ganz gleich, ob der Boden adeligen Gutsbesitzern, dem Staat, der Kirche oder Klöstern ge-

hörte<sup>24</sup>. In Tver' wie im restlichen Rußland verschob sich dabei der Schwerpunkt der Aktionen mit dem Zyklus des Wirtschaftsjahres: Im Frühjahr, noch vor der Aussaat, ging es ums Ackerland, in den Sommermonaten um die Wiesen, etwas später um die Felder für die Wintersaaten und im Herbst schließlich vor allem um den Wald<sup>25</sup>.

Träger der Aktionen waren ‚Bauern‘ oder auch ‚die Bauern‘, das Russische macht hierfür keinen Unterschied, und da die Quellen in der Regel keine weitere soziale, politische oder sonstige Differenzierung liefern, müssen wir annehmen, daß das Dorf – zumindest für die Außenstehenden – als geschlossene Gruppe auftrat. Die Bauern waren sich dabei, so scheint es, ihrer Sache und der Rechtmäßigkeit ihrer Forderungen völlig sicher. Sofern sie ihr Verhalten begründeten oder den Aktionen selbst eine Erklärung zu entnehmen ist, waren die Handlungsmaximen einfach: Das Dorf beanspruchte, was es – nach eigenem Ermessen – unmittelbar zur Befriedigung seiner Bedürfnisse brauchte: Holz für den Winter, Weide und Futter für das Vieh, Ackerland zur Ernährung der Familie. Manchmal machte man für das umstrittene Land ältere Besitztitel geltend: Wald und Weide hätten die Bauern erst durch die Befreiung widerrechtlich verloren. In jedem Falle aber trafen die Enteignungen – in der Einschätzung der Bauern – nur denjenigen, der den Boden nicht mit seiner Hände Arbeit bebaute; der im Überfluß hatte, während die anderen hungerten oder froren; und der die Überschüsse nach auswärts verkaufte, obwohl die Vorräte im Dorf selbst nicht reichten, und der Lokalbedarf hatte ja vorrangig befriedigt zu werden. Für die Bauern machte es keinen Unterschied, ob das konfiszierte Land einem Großgrundbesitzer oder der Kirche gehörte, sie nahmen es; ob ein Privatmann oder der Staat ‚ihren‘ Wald roden und wegschaffen ließ, sie versuchten es zu verhindern; ob russische Landarbeiter oder Kriegsgefangene dem Gutsherrn die Feldarbeit machten, sie vertrieben beide. Mit gleicher Rigorosität legten sie Pachtzinsen neu fest und konfiszierten im kommenden Winter gehortetes Getreide, um es zu einem ‚gerechten‘ Preis im Orte selbst zu verkaufen<sup>26</sup>.

Die Gedanken der Bauern kreisten lokalistisch ums Dorf, um die obščina als Subsistenzgemeinschaft, und ortsbezogen waren auch die bäuerlichen Aktionen: Sie galten dem Gutshof in ihrer Mitte, dem angrenzenden Staatswald, den Klosterwiesen von nebenan. Lagen die Besitzungen im Grenzbereich mehrerer Dörfer, versuchte man sich mit diesen zu einigen. Dabei halfen mitunter die neugebildeten volost'-Komitees, denen die Gutsbesitzer nicht ohne Grund den Vorwurf machten, nur die Sache der Bauern zu vertreten. Die Komitees, so beschwerten sich die Betroffenen an höherer Stelle, maßten sich zugunsten der

Bauern Entscheidungsbefugnisse an, die ihnen von Rechts wegen nicht zustünden, und Proteste seien in der Regel zwecklos. Die Zusammensetzung der Komitees mochte daher für die Bauern noch von einiger Bedeutung sein, viel weiter als bis zu den Grenzen des Amtsbezirkes reichte das bäuerliche Interesse aber nicht.

Die Fixierung des Bauern auf das Dorf und den dörflichen Lebensraum bewiesen die Neuwahlen der zemstva-Organen im Sommer und Herbst 1917. Zustände wie im Dorf Deneznoe (im Staricaer Landkreis) waren kein Einzelfall. Hier sollten am 3. September 1917 Abgeordnete für die volost'-Verwaltung gewählt werden; doch es kamen nur wenige Bauern zur Versammlung. Die Wahlkommission beschloß daher, den Termin um fünf Tage auf den 8. September zu verschieben. Am 8. aber fehlte nicht nur ein Großteil der Bauern, sondern auch die Wahlkommission; nur ihr Vorsitzender war noch erschienen<sup>27</sup>. Im Ržever Landkreis, so wird berichtet, war die Beteiligung an der Wahl der volost'-Verwaltungen sehr unterschiedlich: In guten Gegenden kamen bis zu 60 % der Wähler, in anderen nur einige wenige. Mit den Wahlen der Kreisorgane – so der Bericht weiter – gab es noch größere Probleme, sie gingen vielerorts in Fehlplanung, gänzlichem Desinteresse und allgemeinem Besäufnis unter. Auch mit der Wahl zur Konstituierenden Versammlung stand es schlecht, schon die Vorbereitungen stießen auf erhebliche Schwierigkeiten: Das Interesse der Bevölkerung sei gering und die Unkenntnis groß, so berichtete der Ržever Landkreiskommissar Mitte Oktober an die Gouvernementsleitung. Für die ordnungsgemäße Durchführung der Wahlkampagne fehlten die Leute, und als der Ržever Soldatenrat seine Agitatoren aufs flache Land schickte, wurde es nur noch schlimmer; sie vergrößerten nicht das Interesse, sondern die Verwirrung<sup>28</sup>.

Noch vor der Wahl der alles entscheidenden Verfassungsgebenden Versammlung stürzten – Ende Oktober 1917 – die Bolschewiki in einem bewaffneten Aufstand die Provisorische Regierung. Gestützt auf den Apparat des Petrograder Arbeiter- und Soldatenrates, in dem sie seit dem Herbst die Mehrheit besaßen, besetzten sie im Handstreich die strategisch wichtigen Punkte der Hauptstadt; sie ließen die Mitglieder der Regierung Kerenskij verhaften und proklamierten die Abschaffung des bürgerlichen Parlamentarismus, den Übergang der Staatsmacht an die Räte. Eine neue, rein bolschewistische Regierung, der ‚Rat der Volkskommissare‘, wurde gebildet und tags darauf von einer gesamtrossischen Räteversammlung bestätigt. Die nächsten Schritte folgten, wie es die Partei für den Fall der Machtübernahme vorausgesagt hatte: Die Gutsbesitzer wurden enteignet, die Fabriken der Kontrolle der Arbeiter

unterstellt, die Banken verstaatlicht. An alle Krieg führenden Völker und deren Regierungen erging ein Friedensappell. Er schlug einen sofortigen Waffenstillstand vor und erklärte die Bereitschaft der neuen Staatsführung, ohne Vorbedingungen in Verhandlungen für ‚einen gerechten und demokratischen Frieden‘ einzutreten. Der Rat der Volkskommissare verstand sich wie die gestürzte Regierung als Übergangslösung, an der Einberufung der Verfassungsgebenden Versammlung wurde festgehalten. Als sie jedoch im Januar 1918 endlich zusammentrat und die nichtbolschewistische Mehrheit der Delegierten den bestehenden Verhältnissen die Anerkennung versagte, wurde die Konstituante aufgelöst und das Provisorium zur Dauerlösung erklärt<sup>29</sup>.

Die Petrograder Oktoberereignisse kamen für Tver' überraschend. Für einen bolschewistischen Umsturz fehlten hier die Voraussetzungen. Zwar hatte die Partei, mühsam genug, seit dem Frühjahr und Sommer Parteizellen und -komitees gebildet, doch die Mittel waren knapp und der Stab der Mitarbeiter klein<sup>30</sup>. Bei jeder Kampagne war die Tverer Parteiorganisation auf Hilfe von außen angewiesen<sup>31</sup>. Die ‚Intelligenzler‘ saßen beim sozialdemokratischen Konkurrenten, den Menschewiki, und während die anderen Parteien (Kadetten, Menschewiki und Sozialrevolutionäre) ihre eigenen Zeitungen herausgaben, hatten es die Bolschewiki trotz mehrerer Anläufe nicht einmal dazu gebracht<sup>32</sup>. Politischen Einfluß besaß die Partei nur dort, wo es eine starke Arbeiterschaft oder Garnison gab, vor allem in den Orten Tver', Rzew und Kimry. In anderen Städten wie Bežeczek gab es keinen einzigen Bolschewiken, und auf dem flachen Land war die Partei unbekannt, so berichteten bolschewistische Agitatoren im Oktober und November 1917 ans Petrograder Zentralkomitee<sup>33</sup>.

Mit den Räten, die die Bolschewiki zu den neuen Trägern der Staatsmacht erklärt hatten, stand es ähnlich. Räte gab es im Tverer Gouvernement von wenigen Ausnahmen abgesehen nur in den Kreisstädten. Sie unterschieden sich in ihrer sozialen Zusammensetzung und politischen Ausrichtung stark und bildeten auch organisatorisch keine Einheit. Anfängliche Versuche, sie enger zusammenzuschließen, waren im Frühjahr 1917 im Sande verlaufen, und die Zeit arbeitete nicht für, sondern gegen sie. Selbst im Tverer Stadtsowjet, dem mit 159 Deputierten größten Rat, waren die Aktivitäten im Herbst 1917 fast zum Stillstand gekommen. Er entwickelte keine eigenen Initiativen mehr, sondern begnügte sich, Vertreter in andere Entscheidungsgremien zu entsenden. Die neugewählten Selbstverwaltungsorgane, die Schlichtungskammern, die Arbeitsämter sowie die politischen Parteien hatten ihm einen Großteil der früheren politischen und gewerkschaftlichen Funktionen

und Aufgaben abgenommen. Nur im Tverer Militärerrat lagen die Dinge anders: Hier herrschte noch immer große Geschäftigkeit, und die Radikalen, die Bolschewiki und die Linken Sozialrevolutionäre, gaben den Ton an<sup>34</sup>.

Die Machtverhältnisse und der desolate Zustand der Räteorganisation zwangen die Tverer Bolschewiki zu vorsichtigem Taktieren. Sie wußten, daß die Revolution nicht in Tver' entschieden wurde, und hüteten sich, die Entwicklung zu forcieren. Als die ersten Nachrichten vom Petrograder Umsturz in Tver' bekannt wurden, gab es in den Rätegremien der Stadt hitzige Debatten, deren genauer Verlauf aus den zugänglichen Quellen nicht recht zu rekonstruieren ist. Nach einigem Hin und Her erklärten sich der Tverer Arbeiterrat und der Tverer Militärerrat auf einer gemeinsamen Sitzung am 28. Oktober zur „einzigen revolutionären Gewalt“ in der Stadt und gründeten auf bolschewistische Initiative ein ‚Provisorisches Revolutionskomitee‘<sup>35</sup>. Unmittelbare Folgen hatte dies nicht. Die Gegner bildeten ein ‚Komitee der öffentlichen Sicherheit‘; das Stadtparlament, das Gouvernementsexekutivkomitee und sein Vorsitzender, der Gouvernementskommissar, blieben im Amt. Das Post- und Telegraphenamts kontrollierte die Nachrichten und die Leitungen aus der Hauptstadt, und seine Angestellten drohten mit Streik, falls sich ein bolschewistischer Kommissar in ihren Dienststellen zeige. Auch die Mitarbeiter des Gouvernementszemstvo bekannten sich weiterhin zur gestürzten Provisorischen Regierung und erklärten, „von den Usurpatoren“ keinerlei Anweisungen entgegenzunehmen; der Tverer Städtekongreß bekräftigte dies Position<sup>36</sup>.

Das Tverer Provisorische Revolutionskomitee ließ sie vorerst alle gewähren. Man hatte mit der Sammlung der eigenen Kräfte zu tun: Der Arbeiter- und der Militärerrat (er nannte sich nun Soldatenrat) wurden zusammengeschlossen, und im gemeinsamen Exekutivkomitee sicherten sich die Bolschewiki die Mehrheit. Der Apparat wurde ausgebaut, soweit es die schmalen Kader erlaubten. Zu allen Fragen des öffentlichen Lebens entstanden ‚Kommissariate‘, die den Fachabteilungen des Stadtparlaments entsprachen. Verbände von Roten Garden wurden aufgestellt und bewaffnet. Zug um Zug unterstellte der Rat gegen Jahresende die städtischen Behörden einschließlich der Miliz seiner Kontrolle und übernahm deren Mitarbeiterstab. Der Streik der Post- und Telegraphenangestellten wurde im Januar gebrochen, das Stadtparlament aufgelöst und ebenso das Gouvernementszemstvo. Der Gouvernementskommissar war schon im Dezember der Gewalt gewichen<sup>37</sup>. Ähnlich wie in Tver' vollzog sich auch in den anderen Städten des Gouvernements der Machtwechsel, manchmal früher, manchmal später. Wo sich, wie im

abgelegenen Ves'egonsk, Widerstand zeigte und hielt, wurde er mit Roten Garden gebrochen. Bis Ende Januar / Anfang Februar war die neue ‚Rätenschaft‘ in allen Städten etabliert<sup>38</sup>.

Auch in der Vertretung der Tverer Bauernschaft rissen die Bolschewiki, unterstützt von den Linken Sozialrevolutionären, die Führung an sich. Ein auf ihre Initiative Anfang Dezember einberufener ‚Außerordentlicher Bauernkongreß‘ stellte sich hinter die neue Regierung und bildete mit dem Tverer Arbeiter- und Soldatenrat ein gemeinsames Führungsgremium: das ‚Gouvernementsexekutivkomitee der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten‘. Der bisherigen Bauernvertretung, dem ‚Bauerngouvernementsbüro‘, in dem die Rechten Sozialrevolutionäre dominierten, wurde die Legitimation abgesprochen. Freilich waren die eilends zusammengeholt 150 Mitglieder des Außerordentlichen Bauernkongresses kaum mehr legitimiert, für die 300.000 Tverer Bauernhöfe und die 10.000 Dörfer zu sprechen, als das im September 1917 gewählte Bauernbüro<sup>39</sup>. Da es den Beteiligten allein um die Macht ging, war das Pochen auf demokratische Legitimation nicht mehr als eine Farce, die durch das offenkundige Desinteresse der Betroffenen, der Bauern selbst, nur noch grotesker wurde.

Das flache Land blieb von den Vorgängen in Petrograd und an der Gouvernementsspitze unberührt – und doch auch wieder nicht. An die Ausweitung der Rätebildung aufs Dorf ‚von oben‘ war nicht zu denken, dafür fehlten alle Voraussetzungen: neben den geeigneten Kandidaten die Macht und die Argumente, um die Bauern von der Notwendigkeit der neuen Institution zu überzeugen. Weiterhin entschieden Dorfversammlung (schod) und Dorfältester (starosta) alle wichtigen, das Gemeinwesen berührenden Fragen. In den Amtsbezirken (volosti) blieben die eben erst gewählten Selbstverwaltungsorgane vorerst bestehen. Es gibt auch keine Anhaltspunkte dafür, daß in einer Welle der Sympathie für die Bolschewiki die Zahl der dörflichen Parteizellen sprunghaft gestiegen wäre.

Was sich auf dem Dorf wirklich änderte, waren Tempo und Ausmaß der Enteignungen. Das Landdekret vom 26. Oktober 1917, mit dem die neue Regierung den Bauern das volle Nutzungsrecht am Grundbesitz des Adels und der Krone, der Kirche und der Klöster übertrug, öffnete die Schleusen. Was vorher noch den Stempel der revolutionären Insubordination getragen hatte, wurde nun legal: Die Gemeindebauern verteilten das nichtbäuerliche Land unter sich, unterstützt und gedeckt von den volost'-Behörden. Sie – die gewählten volost'-Organe und die ihnen unterstellten ‚Landkomitees‘, die die Provisorische Regierung zur Vorbereitung der Bodenreform eingerichtet hatte – leisteten technische